

Durchbruch für die Regierungsreform

Der Koalitionsausschuss der VU und der FBP erzielte an seiner gestrigen Sitzung eine Einigung über die Regierungsreform und deren Ausgestaltung. Damit kann die Reform noch in dieser Legislaturperiode im Landtag behandelt werden.

Vaduz. – «Ich freue mich sehr, dass uns heute im Koalitionsausschuss der Durchbruch zur Regierungsreform gelungen ist. Langjährige Vorarbeiten können damit noch in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden und die Reform bereits für die nächste Legislaturperiode Wirkung entfalten», sagte Regierungschef Klaus Tschüscher auf Anfrage.

Die gestrigen Verhandlungen des Koalitionsausschusses führten zu Lösungen in zwei bisher noch offenen Grundsatzfragen: Die Bildung von fünf Schwerpunktsressorts und die Anstellungsbedingungen für künftige Generalsekretäre konnten nun einer Lösung zugeführt werden. Zum einen wurde das Modell zur Bildung von fixen und flexiblen Ministerien vereinbart. Zum anderen wurde die Ausgestaltung der neu zu schaffenden Funktionen Generalsekretäre (heutige Ressortsekretäre) und Persönliche Mitarbeiter klar definiert.

Verwaltung modernisieren

Bereits anlässlich des Koalitionsausschusses vom 23. Dezember 2011 wurde die Regierungsreform diskutiert und festgehalten, dass der vorliegende Gesetzesentwurf zur Regierungs- und Verwaltungsorganisation inhaltlich das wiedergibt, was in den letzten zehn Jahren erarbeitet und im aktuellen Koalitionsvertrag vorgegeben wurde. «Wir kommen einem

wichtigen Vorhaben gemäss Koalitionsvertrag nach. Vor allem aber stärken wir die innenpolitische Handlungsfähigkeit des Landes – ein Ziel, das im Zentrum der Agenda 2020 steht», so Tschüscher.

Das neue Gesetz über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation modernisiert das heutige Verwaltungsorganisationsgesetz und zielt darauf ab, die Aufgabenfelder auf das Wesentliche zu beschränken, die Verwaltung leichter führbar zu machen, den Kaderpersonen eindeutige Unterstellungs-, Stellvertretungs- und Kompetenzverhältnisse zu gewährleisten sowie ihre Arbeitsbedingungen durch vermehrte Übertragung von Verantwortung und Zuständigkeit zu verbessern.

Fünf Ministerien statt 15 Ressorts

Eine grosse Entlastung und mehr Transparenz verspricht sich die Regierung von der Schaffung von fünf Schwerpunktsressorts (Ministerien) anstelle der heute 15 Ressorts. Diese Ministerien sind fix vorgegeben, wobei das neue Ministerium für Gesellschaft die heutigen Ressorts Soziales, Familien- und Chancengleichheit sowie Gesundheit umfasst. Das geplante Ministerium für Infrastruktur und Umwelt vereint die heutigen Ressorts Bau, Verkehr sowie das Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft. Bei der fixen Einteilung der fünf vorgegebenen Ministerien wurden also Synergieeffekte und Ämterstrukturen berücksichtigt.

Fünf Ministerien sind definiert

Als fest vorgegebene Ministerien vereinbarte der Koalitionsausschuss das Ministerium für Präsidium und Finanzen, das Ministerium für Äusseres, das Ministerium für Gesellschaft, das Ministerium für Inneres und das Minis-



Fünf fixe Ministerien und fünf zuteilbare: Die Ministerien Wirtschaft, Justiz, Bildung sowie Sport und Kultur können nach der Regierungsbildung unter Berücksichtigung der persönlichen Stärken der Mitglieder verteilt werden. Bild Archiv

terium für Infrastruktur und Umwelt. Jedes Ministerium soll nach erfolgter Zuteilung im Vergleich zu den anderen Ministerien mehr oder weniger gleichbedeutend sein hinsichtlich Führungsspanne, Arbeitsbelastung, politischer Bedeutung und Kompatibilität mit ausländischen ministerialen Zuständigkeitsbereichen.

Fünf Ministerien sind zu verteilen

Jedem dieser Schwerpunktsministerien können eines oder mehrere der freien fünf Ministerien zugeordnet werden. Zu den freien gehören: Wirtschaft, Justiz, Bildung sowie Sport und Kultur. Dies sind Ministerien, die

Kompatibilität mit mehreren der fünf Schwerpunktsministerien aufweisen. Mit dieser Neuregelung soll die Kontinuität erhöht werden, ohne jedoch die notwendige Flexibilität einzuschränken, um damit den persönlichen Stärken eines Regierungsgliedes Rechnung tragen zu können.

Generalsekretäre befristet angestellt

Der zweite entscheidende Faktor zur Schaffung von Kontinuität ist die Ausgestaltung der Funktion Ressortsekretär zum Generalsekretär. Der Generalsekretär führt neu die Mitarbeiter und das Sekretariat des Ministers. Diese Regelung sorgt für die notwendige

Kontinuität in der Arbeit auf Regierungsebene. Die Stellen sämtlicher Generalsekretäre werden nach Inkrafttreten des Gesetzes nach einem vorgegebenen Anstellungsverfahren neu besetzt. Die Anstellung erfolgt befristet und abgestimmt auf die Mandatsdauer der jeweiligen Regierung, wobei die erste Anstellung für fünf Jahre und dann immer für weitere vier Jahre befristet erfolgt. Damit wird der Regierungszusammensetzung in geeigneter Weise Rechnung getragen.

Rolle der Persönlichen Mitarbeiter

Wie heute der Regierungschef und der Regierungschef-Stellvertreter sollen durch die Regierungsreform grundsätzlich auch die weiteren Regierungsmitglieder die Möglichkeit erhalten, künftig auf persönliche Mitarbeiter zurückzugreifen. Bei den Mitarbeitenden des persönlichen Stabes wird ein «persönliches Vertrauen» vorausgesetzt. Von der gesetzlichen Regelung eines Persönlichen Mitarbeiters für jedes Regierungsmitglied wird aber entgegen dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag abgesehen. Denn aus Sicht des Koalitionsausschusses ist dies eine Entscheidung, die jeweils den Regierungsparteien zu überlassen und zu Beginn einer Legislaturperiode im entsprechenden Koalitionsvertrag zu regeln ist.

Neuerungen wirken nach Wahlen

Der Koalitionsausschuss hat sich das Ziel gesetzt, das Gesetz über die Regierungs- und Verwaltungsreform im April – spätestens im Mai 2012 – dem Landtag vorzulegen. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr durch den Landtag verabschiedet werden und mit der Regierungsbildung im nächsten Frühjahr das erste Mal Anwendung finden. (ikr/sb)

Verfassungsinitiative ist noch kein Thema



Auf den neuesten Stand gebracht: Regierungschef Klaus Tschüscher (links) und Parteipräsident Jakob Büchel informieren den Parteivorstand. Bilder Daniel Schwendener

Solange nicht klar ist, ob die Initiative «Ja – damit deine Stimme zählt» überhaupt zustande kommt, will sich die VU zum Thema fürstliches Vetorecht nicht äussern. Entsprechend diskussionslos wurde der Traktandenpunkt im Parteivorstand abgehakt.

Von Desirée Vogt

Triesenberg. – Die Traktandenliste für die Sitzung von gestern Abend im Hotel Kulm in Triesenberg liess vermuten, dass den Mitgliedern des Parteivorstandes an diesem kalten Wintertag bei einer hitzigen Diskussion doch noch warm werden würde. Schliesslich stand mit der Verfassungsinitiative für ein «fortschrittliches Vetorecht» ein emotionsgeladenes Thema auf der Liste. Doch schnell wurde klar, dass es den VU-Parteifunktionären noch zu früh ist, ein Ziel anzuviesieren, wenn offenbar noch

nicht einmal klar ist, ob ein Startschuss gegeben werden kann. So informierte Parteipräsident Jakob Büchel darüber, dass das Präsidium sich dazu entschieden habe, abzuwarten, ob die Initiative gestartet wird, um dann Stellung zu beziehen. Diese Einstellung schienen auch die Mitglieder des Parteivorstandes zu teilen, zumal weder Fragen gestellt noch Bemerkungen angebracht wurden.

«Kompromissbereitschaft gezeigt»

Gut informiert gingen die Mitglieder nach der etwas mehr als einstündigen Sitzung aber doch nach Hause, zumal Regierungschef Klaus Tschüscher über die Regierungsreform sowie zum Thema Staat und Kirche informierte. Tschüscher liess wissen, dass in Sachen Regierungsreform gerade ein entscheidender Durchbruch gelungen sei und informierte über das Ergebnis der Sitzung des Koalitionsausschusses vom Morgen des 13. Februars. «Uns ist damit tatsächlich ein wichtiger und grosser Durchbruch gelungen. Die Partner haben Kompro-



missbereitschaft gezeigt und nicht stur auf ihren Positionen beharrt», so Tschüscher.

Konstruktive Verhandlungen

Zum Thema Staat und Kirche äusserte sich der Regierungschef bereits vergangene Woche in den Medien und liess verlauten, dass die künftige Finanzierung der Religionsgemeinschaft durch eine Mandatssteuer sichergestellt werden dürfte. Dass er dieser Variante einiges abgewinnen kann, bestätigte Tschüscher gestern erneut. Er zeigt sich zuversichtlich, dass auch hier bereits in den nächsten Monaten ein entscheidender Durchbruch gelingen könnte, zumal die Verhandlungen zwischen der katholischen Kirche und den Gemeinden konstruktiv verlaufen würden.

Die Frage, ob der Religionsunterricht künftig noch einen Platz im Stundenplan haben wird, beantwortete Schaans Vorsteher Daniel Hilti. Diesbezüglich sei tatsächlich noch nicht alles bis ins letzte Detail geklärt. Fragen würden sich vor allem in Be-

zug auf die Firmungen und die Kommunion stellen. «Dieses Problem ist noch nicht gelöst.»

Miteinander zum Erfolg

Auf der Traktandenliste fand sich natürlich auch das Thema Landtagswahlen 2013. Parteipräsident Jakob Büchel informierte über den Stand der Vorbereitungen und sprach das Ziel klar aus: «Die VU wird erneut stimmenstärkste Partei im Land.» Erfolg könne sich aber nur einstellen, wenn die Parteigremien in sich und miteinander gut funktionieren würden – also durch das Miteinander. Deshalb müsse das Regierungs- und Landtagsteam grundsätzlich harmonisieren. «Das Kernteam beansprucht für sich, für die Wahlen genau solche miteinander harmonisierende Teams zu portieren», liess er wissen. Noch offen seien derzeit Fragen, wie das Regierungsteam aussehe, wann es stehe und wann damit an die Öffentlichkeit gegangen werde. Auch müsse geklärt werden, welche Landtagskandidaten sich erneut zur Verfügung stellen würden.

REGION

Vier Angeklagte nach Bijouterie-Raub

Sargans. – In Zusammenhang mit einem Bijouterie-Raub vom September 2011 in Sargans bringen die Untersuchungsbehörden drei Männer und eine Frau zur Anklage. Ihnen werden weitere Einbrüche und illegaler Waffenbesitz vorgeworfen. Im September bedrohte ein Mann und eine Frau die Verkäuferin einer Bijouterie in Sargans mit einer Waffe, stahlen eine grosse Anzahl Goldringe und flüchteten mit einem Auto. Dieses wurde später im Kanton Zürich gesehen. Das Räuberparchen und zwei Mittäter konnten festgenommen werden. Im Auto befanden sich der Schmuck im Wert von 50 000 Franken sowie die Tatwaffe. (sda)

> Hören Sie noch alles?

100 JAHRE ERFAHRUNG

Gratis und unverbindlich:
Der Neuroth-Telefonhörtest

0800 248 248

www.telefonhoertest.ch

NEUROTH
Besser hören. Besser leben.